

„Zuerst!“ – ein nicht-linkes Nachrichtenmagazin



Im Januar 2010 erschien (durchgehend in alter Rechtschreibung) die erste Nummer des neuen deutschen Nachrichtenmagazins *Zuerst!*. Chef der (noch) Ein-Mann-Redaktion ist Günther Deschner, der als Journalist vor allem für die *WELT* und die *JF* schreibt, unterstützt von freien Mitarbeitern, wie dem ziemlich zugeknöpften Impressum zu entnehmen ist.

(Gastbeitrag von Israel_Hands)

Im „Editorial“ skizziert Deschner die Linie des Blattes. Entsprechend dessen Namen „bekennen sich Verlag und Redaktion *Zuerst!* zu den eigenen deutschen Interessen“. Und in erklärter Gegenposition zum Spiegel, der sich laut seinem Gründer Rudolf Augstein politisch „im Zweifel für links“ entscheide, verortete sich *Zuerst!*, wie Deschner unter Umtänzelung des geächteten R-Wortes erklärt, „im Zweifel jedenfalls nicht links“.

Beim ersten Durchblättern unterscheidet das neue kleine Monatsmagazin sich von der wöchentlichen „Konkurrenz“ aus der Oberliga wie *Spiegel* oder *Focus* vor allem durch das Fehlen der üblichen Hochglanz-Anzeigenseiten. Das könnte erholsam sein. Doch sind es nicht zuletzt die ‚geleckten‘ ganz- oder doppelseitigen Werbemotive bekannter Marken, die ein Printorgan nicht nur mitfinanzieren, sondern ihm auch einen Teil des „professionellen“, weltläufigen Flairs verleihen.

Auch aus diesem Grund bieten Zeitschriften-Neugründungen den Werberaum ihrer Debütnummern billig oder gratis feil. Wie provinziell das Fehlen mondäner Models und urban in Szene gesetzter Kraftwagen wirken kann, beweist anschaulich das vorliegende Heft, dessen bescheidener Anzeigenteil aus einer Monokultur billig-bunt gestalteter Werbung nicht-linker Verlage vornehmlich aus dem Dunstkreis der Herausgeber und Förderer des neuen Print-Projektes besteht.

Speziell der PI-Leser hat außerdem beim ersten Durchblättern zahlreiche Déjà-vu-Erlebnisse – dank einer Fülle kurzer und längerer Meldungen, die sich ausnehmen, als arbeite so manche PI-Spürnase nebenbei für *Zuerst!*: „Fußball – nur ein Spiel?“ (Mordgeist statt Sportsgeist beim Kreisliga-Spiel Tura Pohlhausen gegen Türkgücü Remscheid); „Mysteriös: Der ‚Fall Mannichl‘“; „Die ‚Welt‘ für Politische Korrektheit“ (Über Alan Poseners Attacke gegen Sarrazin & Co in der Welt vom 8. Dezember); „Klima der Angst“ (über die linken Gewaltexzesse in Berlin); „Führerscheingarantie für Migranten“ (Türkischer Besitzer einer Kreuzberger Fahrschule besticht TÜV-Prüfer zugunsten seiner Kunden); „Türkischer (Ex)-Gangster warnt“ (über die Warnung von Cem ‚Ich war eine Bestie!‘ Gülay vor brennenden deutschen Innenstädten); „Haribo Rosenkrieg“ (Ibrahim S. schlägt seine Frau wegen haramer Gummibärchen krankenhaureif), „No ‚X-Mas‘. Mit vorseilendem Gehorsam soll das Weihnachtsfest entkernt werden“ u.s.f.

Zwar erstreckt sich die Bandbreite von *Zuerst!* auf viele Themen – Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Reise und Gesellschaft –, doch im Brennpunkt dieser Heft-Besprechung soll der politische und gesellschaftliche Teil liegen. Titelstory der Debütnummer: „Wer regiert Deutschland wirklich? Banker und Politiker. Spekulanten und Strippenzieher“. So beantwortet das Heft seine Frage schon auf der Titelseite selbst. Im Titelbeitrag „Banker zocken – Bürger zahlen“ versuchen die Autoren ausführlich, diese Antwort plausibel zu belegen. Hinzu kommt ein Interview.

Weniger mainstreamig ist der Beitrag „Die Stimme Ankaras. Wie türkische Politiker und Lobbygruppen in Deutschland mit Steuergeldern gegen die Bevölkerungsmehrheit agieren.“ Türkischstämmige deutsche Politiker wie Cem Özdemir (Grüne), Bülent Arslan (CDU), Vural Öger (SPD) und Gönül Glowinski (FDP), so analysieren die Autoren, agieren („Blut ist dicker als Wasser“) als Finger am verlängerten Arm Ankaras und nicht als Interessenvertreter ihrer deutschen Wähler. Unterstützung erhalten sie dabei von Pressure-Groups wie der Liberalen Deutsch-Türkischen Vereinigung (LTD), der Türkischen Gemeinde Deutschlands (TGD) unter ihrem Vorsitzenden Kenan Kolat und nicht zuletzt von der türkischen Regierung, etwa in Gestalt des türkischen Botschafters in Berlin Ahmet Acet. Doch längst, so die Autoren, reden auch Deutsche Politiker ohne türkische Wurzeln wie ein „Sprachrohr Ankaras“: „Claudia Roth beispielsweise – gäbe es sie nicht, müsste die Türkeilobby diese Nervensäge erst erfinden.“ Kritik an solchen Einmischungen und an der Umgehung demokratischer Prozesse seitens der Türkei-Lobby gebe es in der Bundesrepublik Deutschland kaum. Im Gegenteil: Millionen Euro an Steuergeldern fließen in die Kassen einer „Integrationsindustrie“ für das Anbieten von „Integrationskursen“, einschließlich solcher Verbände und Gruppen, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes im Kapitel „Ausländerextremismus“ auftauchen. Nicht nur an der Grundgesetztreue diverser Anbieter, auch an ihrer schlichten Kompetenz seien Zweifel angebracht. Der redaktionelle Telefonanruf beim offiziellen Ansprechpartner für den Integrationskurs der Arbeiterwohlfahrt Göppingen ergibt eine knappe Absage: „Nicht sprechen Deutsch.“ Zum Abschluss bringt der Verfasser auf den Punkt, was Kenan Kolat mit einer Forderung „Partizipation statt Integration“ konkret für seine Klientel will: „Teilhabe an der Macht“.

„Stubbe, Filz und Vetternwirtschaft“ lautet der Titel einer „Story über alte, gutgeölte DDR-Connections, über das linksradikale Establishment, Vetternwirtschaft und über den

unverantwortlichen Umgang mit Rundfunkgebühren“. Am 21. November 2009 strahlte das ZDF die Folge „Sonnenwende“ seiner Krimi-Serie Stubbe – von Fall zu Fall aus (der *Zuerst!*-Beitrag unterschlägt allerdings den Titel der Einzelfolge sowie den Seriencharakter von Stubbe; stattdessen wird der Eindruck einer Einzelproduktion erweckt). Es geht um einen Mord im Osten Deutschlands, um „eine brutale ausländerfeindliche Tat, das ganze Städtchen Elbermünde scheint unter einer Decke zu stecken, selbst Kripo, örtliche Polizei und Stadtverwaltung scheinen das finstere Treibe der Neonazis vor Ort zu decken. Stubbe steht allein, nur einige wackere Antifaschisten ... helfen ihm“. Vorgeführt wird ein „frei erfundenes Mitteldeutschland [sic]“, also ein Ostdeutschland der „fiesen Kleinbürger und Ausländerhasser, das Land der geduldeten Gewaltnazis und gehässigen Dorfpolizisten ...“. Wer malt dieses braun-in-braun gehaltene Zerrbild? Als Drehbuchschreiber und Regisseur fungiert der ehemalige regimetreue DDR-Filmmacher Peter Kahane, beraten wurde der Sender von der linksgerichteten Amadeu-Antonio-Stiftung unter Leitung von Kahanes Schwester, der ehemaligen Stasi-Spitzelne Anetta Kahane sowie von Bernd Wagner, einem ehemaligen Oberstleutnant der Volkspolizei und gegenwärtigen „Nazi-Aussteigerhelfer“ von EXIT Deutschland. Das Ergebnis: gebührenfinanzierte, rufmörderische Realitätsverzerrung und Einzug der „DDR-Ideologie ins öffentlich-rechtliche Fernsehen“ zur besten Sendezeit. Die Botschaft: Die ganze bundesdeutsche bürgerliche Gesellschaft sei bräunlich getönt, vor allem aber Ostdeutschland sei eine „tiefbraune No-Go-Area“. Die wichtigsten Fragen, die sich stellen: „Welche Art von Beraterverträgen schloss das ZDF mit Wagner und Kahane ab? Wie findet eine solche Beratung statt? Wieviel Geld ist geflossen? Welche Rolle spielte für den Abschluss des Beratervertrages die Tatsache, dass Annetta Kahane die Schwester des Regisseurs und Drehbuchautors Peter Kahane ist? Sind Annetta Kahane und Bernd Wagner überhaupt tragbar als ‚Berater‘ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?“ Sowohl die Sendeanstalt als auch die Stubbe-Redaktion hüllen sich dazu in Schweigen.

Ein weiterer Beitrag aus der Rubrik „Gesellschaft“ mit dem Titel „Allein gegen Brüssel“ widmet sich dem EU-Parlamentsabgeordneten der österreichischen FPÖ, Andreas Mölzer. Innerhalb des Parlamentes zählt Mölzer zu den „profundesten EU-Kritikern“. „Die Idee eines vereinten Europas“ sei für ihn „keine linke Multikultiphantasie, sondern durchaus ein rechtes Anliegen. Natürlich meint er die Idee eines starken, abendländisch geprägten Kontinents, eines Kontinents, der aus freien Völkern und souveränen Nationen besteht und keinen ‚blutleeren Verwaltungsmoloch‘“. Sein Versuch, einen Schulterschluss mit Abgeordneten der Rechtsparteien anderer Länder zu erzielen, wird gerade vom – oft deutschfeindlichen – Nationalismus dieser Parteien erschwert. „Solide Bündnispartner für Mölzers Idee“ stehen indes mit „dem flämischen Vlaams Belang“ und „dem französischen Front National“ bereit. Hingegen bedauert Mölzer „das Fehlen einer Rechtsfraktion aus der Bundesrepublik Deutschland“ – und sein Bedauern wird geteilt: „Auch die Franzosen und Flamen kritisieren das. Mit ein paar Abgeordneten aus Deutschland hätten wir rasch eine Fraktion beieinander.“ Stößt sich Mölzer nicht an den bekannten antisemitischen Ansichten des Front-National-Chefs Jean-Marie Le Pen? Diese Frage scheint dem Autor des Features nicht wichtig vorzukommen, denn er stellt sie nicht.

Generalleutnant a.D. Dr. phil. Franz Uhle-Wettler, Weltkriegs- und Bundeswehrveteran sowie Historiker und Orientalist, erhebt in seinem Essay „Afghanistan“ mit den Worten Friedrichs des Großen die Forderung, „vom Feinde her zu judizieren“, das heißt in diesem Fall: sich in die Mentalität der Taliban, aber auch der afghanischen Bevölkerung hineinzusetzen. Er stellt fest, dass „der Islam über viele Jahrhunderte duldsam“ gewesen sei und stellt die Frage, „wann und warum sich der Islam radikalisierte?“ Seiner Meinung nach hängt diese Radikalisierung des Islams mit der von den Muslimen wahrgenommenen Doppelmoral des Westens, vor allem aber der USA, zusammen. Statt wie früher das Kreuz habe der Westen sich nun

Demokratie, Menschenrechte und Freiheit auf die Fahnen geschrieben. Doch sei die angebliche Demokratie des Westens in Wahrheit häufig nichts anderes als eine Despotie des Mainstreams und der Political Correctness; die Menschenrechte seien Definitionssache: vieles, was in modernen westlichen Staaten als unveräußerliches Menschenrecht gelte (als Beispiele nennt er etwa das Recht auf Abtreibung und auf Homo- und Lesben-Ehe mitsamt der Folge einer Auflösung traditioneller Familienbindungen) hätte noch bei unseren eigenen Großeltern Abscheu hervorgerufen; um wie vieles mehr müsse dies für außereuropäische Kulturen gelten, die „seit Urzeiten die Familie die Grundlage menschlichen Zusammenlebens“ betrachteten? Wir hätten keine Befugnis, anderen „unsere neuartigen Begriffe von Freiheit, Individualrechten und Menschenrechten aufzudrängen, wo sie doch selbst in unserer Kultur erst ein oder zwei Jahre oder Jahrzehnte Gültigkeit“ besäßen. Im Gegensatz zu vielen anderen rechten und linken Kritikern der militärischen Präsenz am Hindukusch fordert Uhle-Wettler nicht den Abzug der Truppen: „Da ‚der Westen‘ und Deutschland nun mal dort sind, können wir uns nicht sang- und klanglos verabschieden, die Gründe dafür sind so offensichtlich, dass man sie nicht immer wieder aufzuzählen braucht. Mehr Geld und Soldaten mögen erforderlich sein. Doch sie werden nur Erfolge bringen, wenn wir sie mit anderen Zielen und anderen Methoden einsetzen. Wir müssen also lernen und umdenken. Dazu gehören Bescheidenheit und Distanz zum eigenen Tun; Rechthaberei ist selten ein guter Ratgeber.“ Diese hier nur sehr knapp umrissenen Überlegungen des Generalleutnants a.D. gehören, auch wenn sie den einen oder anderen Einwand herausfordern, zum Bedenkenwertesten, was bisher in der deutschen Presse kritisch zum Afghanistan-Krieg angemerkt wurde. Entwertend wirkt aber leider die USA-Feindlichkeit des Verfassers. Den Amerikanern wirft der Spezialist für orientalische Sprachen sogar ihren Akzent bei der Aussprache des Landesnamens („Efgänistähn“) vor und schreibt zum Schluss: „Zu fürchten ist allerdings: Die weltweit führende Macht ist überzeugt, ‚God’s own country‘“ zu

sein, „'The people of the Covenant', das Volk, mit dem Gott einen Bund mit einem göttlichen Auftrag geschlossen hat. Aber das ‚God is with America‘ ist nur als Bitte fromm. Woher soll also die für das neue Denken erforderliche Bescheidenheit kommen?“ Diagnose: Die Amis sind schuld! Offenbar hat Uhle-Wettler noch nichts von Präsident Obamas neuer amerikanischer Demut gehört.

Mit der Verhandlung einer Münchner Strafkammer gegen John Demjanjuk wegen Beihilfe zum Massenmord befasst sich der Heftbeitrag des Zuerst!-Gerichtsreporters Rene Lobek. Hierbei gerät unser neues nicht-linkes Nachrichtenmagazin gefährlich ins Schleudern. Nun ist zwar Kritik an diesem Prozess gegen den 89-jährigen mutmaßlichen KZ-Aufseher durchaus berechtigt. Denn zum einen bestehen ernstliche Zweifel daran, dass dieselben Ärzte, die das greise Wrack im Rollstuhl immer wieder für verhandlungsfähig erklären, dies bei einem ebenso hinfälligen ‚gewöhnlichen‘ Angeklagten, und sei er noch so abscheulicher Taten verdächtig, ebenfalls getan hätten. Vor allem jedoch liegt der Verdacht allzu nahe, dass die nunmehr gesamtdeutsche Justiz sich durch diesen Prozess verspätet Absolution für ihr eigenes kriminelles Versagen zu erteilen trachtet, indem sie an einem unbedeutenden Handlanger das nachholt, was sie zur rechten Zeit aus Gleichgültigkeit, Opportunismus und brauner Gesinnung an den verantwortlichen Haupttätern versäumte. Insofern ist Rene Lobek zuzustimmen, wenn er den Verdacht äußert, „daß es bei dem Verfahren gegen John Demjanjuk nicht um individuelle Schuld geht“, sondern um Symbolik. Leider erschöpft Lobeks Prozesskritik sich weitgehend darin, diese individuelle Schuld Demjanjuks in Zweifel zu ziehen: „Niemand kann genau sagen, was Demjanjuk tatsächlich in Sobibor getan oder nicht getan hat, die Zeugen sind längst tot.“ Wenig später geht er einen Siebenmeilenschritt weiter, indem er „das entscheidende Beweisdokument – eine deutsche Identitätskarte aus dem Zweiten Weltkrieg mit dem Hinweis seiner Versetzung nach Sobibor“ anfechtet: War Demjanjuk denn überhaupt in Sobibor? Regelrecht

falsch ist Lobeks Behauptung, Demjanjuk sei bereits vor 16 Jahren in Israel von den mutmaßlichen Verbrechen freigesprochen worden, deren er jetzt in Deutschland erneut angeklagt ist. Richtig ist, dass Demjanjuk 1988 in Israel zum Tode verurteilt wurde, weil das Gericht ihn für schuldig befand, identisch zu sein mit dem berüchtigten Treblinka-Massenmörder Iwan Martschenko, genannt „Iwan der Schreckliche“. Nachdem dieser Vorwurf in der Revision nicht aufrecht erhalten werden konnte, wurde Demjanjuk 1993 freigesprochen, obwohl an seiner Aufsehertätigkeit in Sobibor keine Zweifel bestanden. Und als seien derlei journalistische Fahrlässigkeiten nicht genug, spickt der Verfasser seine ‚Gerichtsreportage‘ mit deplazierter Polemik gegen den Prozessbeobachter Michel Friedman. Der Leser gewinnt den Eindruck, Lobeks Augenmerk hätte während der Verhandlung Friedman weit eher als Demjanjuk gegolten. Gleich zu Beginn mokiert er sich über die „ungeschriebenen Sonderrechte“ Friedmans, weil „der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland“ an der Warteschlange der Presseleute vorbei in den Saal geleitet wird, während die meisten Pressevertreter aus Platzmangel keinen Zutritt erhalten. Etwas später beobachtet Lobek beiläufig, dass Friedman „sich so plazierte, dass er Demjanjuk gegenüber sitzt“, erkennt irgendwann: „Auch Friedman scheint zufrieden“ und berichtet zum Ende hin: „Michel Friedman hat nun die Augen ebenfalls – wie sein Gegenüber Demjanjuk – halb geschlossen und lauscht den Worten des Gerichts. Ab und an schüttelt er sanft den Kopf (...)“. Ein kleines Foto von Friedman, das nicht zwangsläufig bei dem Prozess geschossen wurde, ist unternimmt: „Michel Friedman. Trotz Vorzugsbehandlung offensichtlich unzufrieden.“ Was soll das? Will Lobek suggerieren, dass Michel Friedman oder der Zentralrat der Juden die Strippen hinter den Prozesskulissen ziehen? Jedenfalls ist man als Leser fast zu glauben geneigt, dass der Titel der Reportage, „Der Schuldige“, sich in Wahrheit auf Friedman bezieht. Hier offenbart sich eine Crux deutscher nicht-linker Presseerzeugnisse. Die meisten (darunter die

Junge Freiheit) erwecken den Verdacht, sich mit linksextremen Presseorganen an zwei Punkten zu treffen: latentem Antijudaismus und nicht ganz so latentem Antiamerikanismus. Einen Israel-Beitrag von *Zuerst!* möchte man ungern lesen.

Der bereits erahnte Antiamerikanismus des Magazins wird spürbar, wenn man die kleinen und mittleren Dosen dieser ‚Medizin‘ aufhäuft, die dem Leser in der Titelgeschichte und in vielen weiteren Heftbeiträgen verabreicht werden, etwa in der Kolumne von Harald Neubauer („Merkel und die deutschen Interessen“) und in dem Beitrag „Weltmacht sucht neue Freunde“ nebst Interview („Die neuen Imperien. Welche Rolle spielen die USA im 21. Jahrhundert? Der US-Politologe Parag Khanna sieht die EU und China als Imperien, mit denen sich Amerika künftig messen muß.“). Zwar treffen der Amerika-Artikel und das Interview durchaus zutreffende Feststellungen zur geopolitischen Lage und Entwicklung, doch bei alldem scheint (von allerlei gegen die USA gerichteten moralischen Anschuldigungen abgesehen) eine unguete Häme über den schrumpfenden Einfluss und die schwindende Macht der USA zugunsten von Staaten wie China, Indien und Russland auf (immer mehr Beobachtern werde klar, „dass Amerika nicht mehr imstande ist, seine angemäÙte Rolle als alleinige Ordnungsmacht beizubehalten. Das Selbstbewusstsein, mit dem sich Amerika zum Sieger der Geschichte erklärt hatte, ist einem geopolitischen Katzenkammer gewichen“). *Zuerst!* sympathisiert mit Barack Obama – weil dessen Politik und Auftreten die Verunsicherung und Schwächung der ungelittenen Noch-Weltmacht quasi verkörpern.

Weitere Artikel erwecken den Verdacht gewisser revisionistischer Tendenzen. Natürlich ist es zu begrüßen, dass die Saar bei zwei Volksabstimmungen innerhalb des 20. Jahrhunderts, 1935 und 1955, deutsch geblieben ist statt an Frankreich zu fallen („Zweifache Heimkehr“ lautet der Titel des entsprechenden Heftbeitrages); weniger gut sind Formulierungen wie diese über die 1935er Abstimmung: „Das

Ergebnis war ein überwältigender Sieg für die erste deutsche ‚Wiedervereinigung‘ des 20. Jahrhunderts, der mit Österreich und dem Sudetenland bald darauf eine noch größere folgen sollte.“ Gleichermaßen kann man durchaus Verständnis für die Autonomiebestrebungen der Südtiroler hegen („Los von Rom“); weniger Verständnis heischt die Sympathie für politische Gewalt, und treffe sie auch ‚nur‘ Sachwerte, die *Zuerst!* in dem betreffenden Beitrag offenbart („Durch ihre Sprengstoffanschläge auf italienische Infrastruktur bombten sie das ... Autonomiestatut buchstäblich herbei“) und noch deutlicher in einem Bericht über das 150. Stiftungsfest der Burschenschaft Olympia in der Wiener Hofburg („Wahr und treu, kühn und frei!“), wo das Sprengen von Strommasten durch Burschenschafter als „flammender Protest gegen die schleichende Italienisierung“ gefeiert wird. In ähnlicher Weise rechtfertigen bekanntlich linksextreme Autonomie-Experten Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge als „flammenden Protest gegen die schleichende Yuppiesierung“. Dass die östlichen oder so genannten neuen Bundesländer in sämtlichen *Zuerst!*-Beiträgen, also infolge einer Redaktionsrichtlinie, als „Mitteldeutschland“ bezeichnet werden, sei nur als Fußnote vermerkt.

Ein kurios anmutender, aber nicht unsympathischer Zug von *Zuerst!* ist der Öko-Touch des Magazins. Der Beitrag „Deutsch für Muttersprachler“ singt das Lob von Bio-Produkten auch in Hinblick auf die Vermarktungsstrategie der Branche, die sich dem Werbetrend anglophoner Produkt- und Herstellernamen und ‚denglischer‘ Slogans verweigert. Statt ‚Werbedeutsch‘ deutschsprachige Werbung: „Wer also neben der Unterstützung der heimischen Landwirtschaft und Viehzucht, der heimischen Arbeitsplatzsicherung sowie der Förderung ökologischer Zielsetzungen auch noch der deutschen Sprachpflege einen Dienst erwiesen möchte, sollte bevorzugt zu Biolebensmitteln greifen“. An anderer Stelle, in der Unterrubrik „Umwelt“, erfährt man unter anderem: „Eltern wickeln ihre Kinder am besten mit Windeln aus ökologisch angebauter und verarbeiteter

Baumwolle (...)“

Ein – erweisen wir ruhig dem R-Wort die Ehre – aussichtsreiches rechtes Print-Periodikum, zu dem das PI-Fahnenmotto „Gegen den Mainstream; proamerikanisch; proisraelisch; gegen die Islamisierung Europas; für Grundgesetz und Menschenrechte“ passt, ist leider noch immer nicht in Sicht. Möge ein jeder für sich selbst entscheiden, ob er *Zuerst!* („Jeden Monat neu im Zeitschriften- und im Bahnhofsbuchhandel. Aber wirklich stark nur durch Ihr Abonnement!“) eine Chance gibt. Immerhin: Kleine Zeitschriften-Neugründungen mit höchst ungewisser (Über-)Lebenserwartung wie *Zuerst!* sind durch die in Leserbriefen mitgeteilte Meinung ihrer Abonnenten noch beeinflussbar.

(Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST!, 1. Jahrgang, Januar 2010, 84 S., € 6,50. Ein großer Teil des Heftinhalts steht auf der Website des Magazins online zur Verfügung. Dort findet man auch Möglichkeiten und Bedingungen zum Bezug des Periodikums: www.zuerst.de.

Interessante kritische Hintergrundinformationen zu den Machern des Magazins finden sich auf der Website des Informationsdienstes ‚blick nach rechts‘, der das neue Magazin erwartungsgemäß in Bausch und Bogen ablehnt, unter <http://www.bnr.de/content/grossspurige-ambitionen>)